

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 19 (1978)
Heft: 14

Artikel: Der zweite Umsturz : die Entwicklung Afghanistans im Lichte osteuropäischer Quellen
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094121>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Entwicklung Afghanistans im Lichte osteuropäischer Quellen

Der zweite Umsturz

Eine Uebersicht von Laszlo Revesz

Afghanistan wurde dieses Jahr aus einem halbwegs vergessenen Land zu einem akuten politischen Fall. Aber dahinter stand eine Entwicklung, die dann verständlicher wird, wenn man sie anhand der Darstellungen aus dem Sowjetlager verfolgt. Das tut Prof. Revesz hier mit einer Untersuchung, die auf osteuropäischen Quellen basiert.

Eine reformistische «Verfälschung» nach einem revolutionären Ansatz sorgte für Spannungen in der afghanischen Entwicklung der siebziger Jahre.

Am 13. April 1973 hatte eine radikale Gruppe junger Offiziere die Monarchie gestürzt und die Republik ausgerufen. Staatspräsident wurde zwar ein Mitglied der alten Dynastie, Prinz Mohammed Daud, aber er wusste sich zunächst durchaus als Revolutionssymbol glaubhaft zu machen; man nannte ihn den «roten Prinzen».

Das neue Regime bekannte sich — wozu denn sonst? — aussenpolitisch zur Blockfreiheit und innenpolitisch zur Demokratisierung. Die Frage blieb bloss, was darunter zu verstehen sei. Einige Indizien schienen in eine wohlbekanntere Richtung zu deuten: Man verstaatlichte Banken und Aussenhandel, setzte Minimallöhne fest und verabschiedete einen Siebenjahresplan zur Wirtschaftsförderung. («Uj szo», Bratislava, 5. 5. 1978)

Aber dann zeigte sich vom revolutionären Standpunkt aus der Nachteil von Wahlen. Aufgrund

(Fortsetzung von Seite 3)

hat zudem noch dafür gesorgt, dass Begehren, die nach ihrer eigenen Aussage gesetz- und verfassungswidrig sind, zum öffentlichen Traktandum wurden.

● Wenn die Sowjetführung einer nationalen Opposition, die sie sonst strafrechtlich belangen oder psychiatrisch behandeln lässt, ihre Hilfe leiht, so zeigt sie damit nicht nur zynische Unverfrorenheit, sondern auch politische Schwäche. Die Aufbauschung der Nationalitätenfrage in Abchasien als Antwort auf die nationale Frage in Georgien ist eine Ausflucht. Hätte man Georgien und Georgier genügend im Griff gehabt, wäre man auf sie nicht angewiesen gewesen. Das Interessanteste an der abchasischen Problematik ist es, dass die Sowjetführung sie plötzlich nötig hat. ■

der neuen Verfassung von 1977 wurde ein Parlament gewählt, und dieses war nicht bereit, den Forderungen der «linken» Kräfte entgegenzukommen; für diese blieb die Revolution auf halbem Wege stecken. Insbesondere galt ihnen die Landreform in der parlamentarisch verabschiedeten Fassung als Augenwischerei, weil sie angeblich die Macht in den Händen von etwa 200 Stammesführern (Sardaren) belies.



Schon zwei Jahre nach dem Regimewechsel war es zu innenpolitischen Reibereien gekommen. Insbesondere unternahm die 1965 gegründete Demokratische Volkspartei, eine vom Sowjetlager als revolutionär anerkannte Gruppierung, verschiedene Umsturzversuche, was 1975 im Gegenzug die Auflösung ihres Zentralkomitees bewirkte. Eine gleichzeitige Regierungsumbildung wurde schon als Rechtsrutsch empfunden. Der Richtungsstreit war unter der Oberfläche in vollem Gange, und der «rote Prinz» konnte in der Folge seiner Schwierigkeiten immer weniger Herr werden.

Am 27. April 1978 wurde Amir Akbar Hajber, Gewerkschaftsführer und Funktionär der Demokratischen Volkspartei, von Unbekannten ermordet. Seine Partei, die schon längst die Rolle einer radikalen Opposition spielte, lastete den Mord jedenfalls der Regierung an. Aus dem Begräbniszug in Kabul wurde eine Massenkundgebung, aus dieser ein Aufstand.



Entscheidend war in dieser Situation das Verhalten der Armee. Die Führung von Luftwaffe und Panzertruppen ergriff geschlossen für die Aufständischen Partei, die Führung der Landstreitkräfte zum Teil. Zwei Tage konnte Daud mit den ihm treu gebliebenen Einheiten noch Widerstand leisten; dann hatte der Militärische Revolutionsrat, der auf der Gegenseite die Kämpfe führte, gesiegt. Befehligt wurde er vom 37jährigen nunmehrigen General Abdel Hadir, der beim Um-

sturz von 1973 als Oberst eine aktive Rolle gespielt hatte, später aber in Ungnade gefallen war («Zycie Warszawy», 8./9. 5. 1978)

Die Revolution vom 27. April beseitigte gemäß ihrer Darstellung erst einmal die «traditionell Herrschaft der Stammesführer». Vor allem aber übergab sie die Macht uneingeschränkt der Demokratischen Volkspartei, respektive ihrer Führung. Ihr gehören sämtliche 20 Mitglieder der Revolutionsregierung an. Das oberste Staatsorgan, der Revolutionsrat, wählte Nur Mohammed Taraki zu seinem Vorsitzenden, ferner zum Staatsoberhaupt, ferner zum Regierungschef. Die Revolution ist ein kumulativer Prozess.

Der Revolutionsrat fasst einstimmige Beschlüsse. Die ersten und richtungweisenden teilte er am 30. April mit:

1. Afghanistan wird eine Demokratische Republik.
2. Der Revolutionsrat wählt die Regierung, die ihm verantwortlich bleibt.
3. Der Ausnahmezustand bleibt bis auf weitere in Kraft.
4. Der Revolutionsrat bestimmt die Richtlinien der Regierungstätigkeit. Der Revolutionsrat und die ihm unterstellte Regierung regeln gemeinsam das neue Leben der Republik.
5. Der 1. Mai wird Staatsfeiertag.

Der selbsternannte Revolutionsrat übernahm als die Rolle des früheren gewählten Parlaments.

Der neue Staats- und Regierungschef gab am 10. Mai sein Programm bekannt.

Aussenpolitisch umfasst es Friedenspolitik, Blockfreiheit, «positive und aktive» Neutralität, Solidarität mit den arabischen Völkern, Ausweitung der freundschaftlichen Kontakte mit der Sowjetunion.

Innenpolitisch umfasst es die Verteidigung der revolutionären Errungenschaften, die Liquidierung der Rückständigkeit, den Aufbau einer unabhängigen nationalen Wirtschaft, die Durchführung einer radikalen Landreform, Industrialisierung, Erhöhung des Lebensstandards, die Säuberung des Staatsapparates von konterrevolutionären und antidemokratischen Elementen, die Stärkung der Nationalen Befreiungsarmee, Garantie der Teilnahme am politischen Leben für jene Offiziere und Soldaten, die patriotisch denken. Als vorrangig hervorgehoben wurde die Aufgabe, die Führungsrolle der Partei zu stärken («Prawda», 11. 5. 1978)

Die Sowjetpresse konnte das Programm ohne Erläuterung der Ausdrücke wiedergeben; ihre Lesart war vorausgesetzt.

Am 12. Mai gab man ein Regierungsprogramm in 30 Punkten bekannt, das die Zielsetzung konkretisierte. («Uj szo», 13. 5. 1978)

Zu den Beziehungen mit andern Ländern sagt Taraki an einer Pressekonferenz, sie würden je nach dem gestaltet, ob die betreffenden Länder die revolutionäre Regierung Kabuls unterstützten oder nicht. Im übrigen sei das Land zur Entgegennahme jeglicher Wirtschaftshilfe bereit, die an keine Bedingung gebunden sei. («Iswestija», 9. 6. 1978)

In einem Interview für das sowjetische Radio und Fernsehen nannte Taraki dann die Sowjetunion als beispielgebend für die erforderliche bedingungslose Hilfe im Dienst der revolutionären Sache. («Prawda», 15. 6. 1978)



Ueberlegungen zum Thema

Afghanistan auf dem Weg nach Moskau

Von Peter Sager

Die aussenpolitische Haltung Afghanistans nach dem kürzlichen Umsturz entspricht kaum den in vergleichbaren Fällen bisher befolgten Gepflogenheiten. Auffallend ist vor allem der Kontrast im Verhalten gewissermassen während der ersten und nach der zweiten «Stunde».

Sofort nach der Machtübernahme, die übrigens auf tadellose Vorbereitung und Organisation schliessen liess, wurden in rascher Folge alle nötigen Akzente gesetzt: Das neue Regime gab sich durch Worte und erste Taten, nach Absicht und Verhalten auch, als eindeutig moskaufreundlich zu erkennen. Im Hinblick auf die geopolitische Lage Afghanistans waren für die Region ungünstige Auswirkungen zu erwarten. Aber diese sind bis heute ausgeblieben, und der Beobachter ist zunächst etwas sprachlos. Zumal eben die geopolitische Lage des Landes einerseits, die für Moskau etwas problematische Gesamtlage andererseits raschere Vorstösse von Kabul aus hätten erwarten lassen.

Vorab einige Hinweise zur geopolitischen Lage Afghanistans. Sie ist von Bedeutung einmal in östlicher Richtung, wo Pakistan in eine unsichere Lage geraten ist und wo Indien sich einen kleinen Schritt von Moskau gelöst hat. In dieser östlichen Richtung könnte Afghanistan einer Zunahme des chinesischen Einflusses vorbeugen.

Bedeutungsvoller sind indessen die Möglichkeiten, die Afghanistan als Ausfallposition gegen Westen bieten könnte. Die Stellung Irans wird dadurch gefährdet, in Verlängerung der Linie auch die Stellung der Türkei. Vor allem aber könnte sich eine Zangenbewegung gegen die Oelproduzenten im nahöstlichen Raum abzeichnen, eine Zangenbewegung, die gleichzeitig vom Horn von Afrika und jetzt von Afghanistan aus denkbar wird. Jedenfalls könnte das Gefühl einer sowjetischen Einkreisung bei den arabischen Staatsführern entstehen.

Für die Aufnahme einer derartigen Offensive würde nebst den genannten Gründen auch spre-

chen, dass die Sowjetunion sich gesamthaft eher in einer defensiven Lage befindet, weil die Abwehrhaltung international gegenüber den sowjetischen (und in ihrem Gefolge auch kubanischen) Vorstössen verstärkt worden ist: Europäische Staaten haben zum Beispiel die Beratungen um eine aktivere Afrikapolitik aufgenommen, und die Probleme um die Nato werden weniger verdrängt.

Vor diesem Hintergrund könnte die beachtenswerte Zurückhaltung des neuen Machthabers in Kabul zur Frage berechtigen, ob die eindeutigen Anschlussklärungen an Moskau kurz nach dem Staatsstreich zum Nennwert zu nehmen seien.

*

Vermutlich liegt aber die gegenteilige Betrachtungsweise näher bei der Wahrheit. Dazu folgende Ueberlegungen:

Die sowjetische Aussenpolitik folgt dem Grundsatz, dass die von ihr ausgeübte latente Drohung zwecks Furchterweckung bei den Völkern, die nicht unter ihrer Herrschaft stehen, bestimmte Grenzwerte weder unterschreiten noch überschreiten darf.

Sinkt nämlich der Furchtpegel unter eine bestimmte Schwelle, so wird die UdSSR weniger ernst genommen, und Konzessionen werden ihr versagt. Das könnte Moskau zwingen, die eine oder andere Drohung wahrzumachen, um glaubwürdig zu bleiben, und davor schreckt sie wegen der damit verbundenen Risiken zurück.

Uebersteigt andererseits der Furchtpegel eine gewisse Schwelle, wird also die sowjetische Bedrohung aus allen Zweifeln herausgehoben, so ergibt sich für Moskau ein ganz anderes Risiko. Wenn nämlich die Notwendigkeit einer Verteidigung gegenüber einer Gefahr *offensichtlich* wird, so finden sich die Völker offener Gesellschaften regelmässig bereit, den Mehrheitsbeschluss zu ihrer Verteidigung im (auch politischen) Krieg zu fällen. Eben dies will die Sowjetunion verhindern.

Das Prinzip der sowjetischen Offensivstrategie besteht somit darin, langsam und permanent

(Fortsetzung auf Seite 6)

Gegenüber der polnischen Presseagentur PAP legte der afghanische Planungsminister die wirtschaftlichen Prioritäten mit einem bereits ideologisch entwickelten Sinn für Proportionen dar: Afghanistan werde ohne jeden Zweifel innerhalb der nächsten zehn Jahre die materielle und technische Basis für die neue Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung haben. Die führende Rolle übernehme dabei die Industrie, auch wenn sie heute noch kaum 3 Prozent des Nationaleinkommens produziere und noch nicht 1 (ein) Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung beschäftige. Der erste Fünfjahresplan ab März 1979 gebe der Industrie absoluten Vorrang. Zur erfolgreichen Industrialisierung rechne man unter anderem mit der Rückkehr von einer Million Emigranten. («Zycie Warszawy», 26. 6. 1978)

★

Daud wurde beim Umsturz getötet. Anscheinend hatte er auch als «roter Prinz» ein Vermögen behalten; jedenfalls wurde es zusammen mit sonstigem Besitz der königlichen Familie konfisziert

(«Trybuna Ludu», Warschau, 4. 5. 1978). Mitte Juni entzog man 23 Mitgliedern der Dynastie wegen volksfeindlicher und konterrevolutionärer Tätigkeit die Staatsbürgerschaft («Prawda», 15. 6. 1978). Aber zur breitenwirksamen Absicherung der Revolution viel wichtiger war ohne Zweifel die Aufstellung von Militärgerichten, «um mit aller Härte gegen Unruhestifter vorzugehen» («Uj szo», 17. 5. 1978). Im Klartext: Opposition wird von jetzt an standrechtlich behandelt.

Dass die demokratischen Errungenschaften nicht durch ein Mehrparteiensystem beeinträchtigt werden dürfen, machte Taraki in einem Interview für die irakische Nachrichtenagentur klar:

«In Afghanistan gibt es keine Partei ausser der Demokratischen Volkspartei. Sie ist die einzige Partei, denn sie ist gesamtnational, revolutionär, patriotisch und demokratisch. Sie allein hat die Aprilrevolution geleitet; die andern politischen Gruppierungen haben zu ihrem Sieg nichts beigetragen.» An die ausserhalb der Partei stehenden Volksmassen ergeht laut Taraki der «klare Aufruf», sich unter Führung der Partei zur Ver-

teidigung der revolutionären Errungenschaften zusammenzuschliessen. («Prawda», 17. 6. 1978)

Zur Strukturierung dieses Zusammenschlusses ist schon an die Transmissionsriemen im Sinne des Sowjetlagers gedacht. Die künftige Stütze der Regierung, so teilte Kabul Ende Mai mit, seien die Volksorganisationen: die Arbeiter-, Jugend- und Frauenorganisation sowie der Bauernverband, den man demnächst gründen werde. Die Demokratische Volkspartei sei bestrebt, diese Gruppierungen «sobald wie möglich in Massenorganisationen unter Führung der Partei umzuwandeln». («Iswestija», 25. 5. 1978)

★★★

Setzt man statt «Afghanistan» die Namen osteuropäischer Länder in diese Schilderung ein, so hat man die Entstehungsgeschichte der volksdemokratischen Ordnung in allen relevanten Charakteristiken. Das stalinistische Damals ist nicht passé. In der Dritten Welt wird es zum Heute. ■